

**Personalstrukturplanung für den Pfarrdienst****Bericht des Finanzausschusses****in der Sitzung der 16. Landessynode am 26. November 2021**

Frau Präsidentin, hohe Synode,

dem Finanzausschuss wurde in der Sitzung am 29. Juli 2021 die PSP Pfarrdienst zur Beschlussfassung vorgelegt. Wir danken Frau Oberkirchenrätin Nothacker und ihren Mitarbeiterinnen für die wie immer sorgfältige Ausarbeitung und die hilfreichen Erläuterungen.

Der Pfarrdienst ist einer der Schlüsselberufe in unserer Landeskirche. Die 5. EKD-Erhebung zur Kirchenmitgliedschaft hat herausgearbeitet, dass die Arbeit von Pfarrerinnen und Pfarrer für viele Gemeindeglieder ein entscheidender Grund für ihre Kirchenmitgliedschaft ist. Als Synode sind wir dankbar, dass wir mit der Personalstrukturplanung ein Instrument haben, um zukünftige Entwicklungen in diesem Schlüsselberuf in den Blick zu nehmen.

Ich möchte in meinem Bericht zu drei Perspektiven der PSP Pfarrdienst Stellung nehmen, nämlich kurzfristige, mittelfristige und langfristige Perspektiven.

Kurzfristige Perspektiven

Vikarinnen und Vikare, die wir in den Vorbereitungsdienst aufnehmen, arbeiten durchschnittlich 35 bis 40 Jahre in unserer Kirche. Anschließend erhalten sie weitere 20 bis 25 Jahre lang Versorgungsbezüge. An diesen Zeiträumen lässt sich erkennen, dass bei Änderungen in Anstellungsfragen von Übergangsfristen von mindestens 50 Jahren auszugehen ist. Was wir heute entscheiden, entfaltet frühestens 2070 seine volle Wirkung. Genauso haben wir auch im Blick auf die PSP kaum kurzfristige Handlungsmöglichkeiten. Lediglich bei der Zahl der Theologiestudierenden und den Aufnahmen in den Vorbereitungsdienst können wir im Rückblick sehen, dass sich Veränderungen zeitnah auswirken. Wir sollten uns als Synode deshalb gut überlegen, welche Signale wir aussenden. Die junge Generation wägt stärker als früher ab, welche Möglichkeiten ein Beruf und der dahinterstehende Arbeitgeber bieten. Es muss unser Anliegen sein, die Gestaltungsmöglichkeiten im Pfarrdienst zu erhalten und nicht den Eindruck zu erwecken, dass unsere Vikarinnen und Vikare irgendwann diejenigen sein werden, die im Pfarrhaus das Licht ausmachen.

Mittelfristige Perspektiven

Die PSP Pfarrdienst ermöglicht uns die Aufstellung von PfarrPlänen. Im Unterschied zu anderen Landeskirchen können wir in Württemberg zuverlässig sagen, wie viele Pfarrpersonen uns in zehn Jahren zur Verfügung stehen. Im Ausschuss für Kirchen- und Gemeindeentwicklung haben die Beratungen zum PfarrPlan 2030 begonnen. Die Zahlen der PSP Pfarrdienst geben uns den Rahmen vor und es ist schon heute ersichtlich, dass wir nur wenig Spielraum haben. Das entbindet uns nicht von der Verantwortung, nach bestmöglichen Lösungen zu suchen. Aber wir sollten uns selbst gegenüber ehrlich bleiben und nicht den Eindruck erwecken, als ob die Synode die Möglichkeit hätte, auch ganz anders zu entscheiden.

Langfristige Perspektiven

In der Anlage 3 finden Sie in der letzten Spalte die so genannte Ampel. Die Farbsymbole bilden ab, welcher Prozentsatz des landeskirchlichen Anteils an den jährlichen Kirchensteuereinnahmen aufgebracht werden muss, um die Kosten für den Pfarrdienst zu decken. Für das Haushaltsjahr 2022 lesen wir in Spalte 20 die Zahl 35,93 %, d.h. wir geben von 1 € Kirchensteuer im landeskirchlichen Haushalt 36 Cent für den aktiven Pfarrdienst aus. Hinzu kommen zusätzliche 22,5 Mio. € Aufwendungen für die Ruhestandskolleginnen und -kollegen (HHPlan S. 345) und 56,5 Mio. € führen wir dem Versorgungsfonds zu. Wenn wir diese Beträge addieren, geben wir schon heute 60% der Kirchensteuer, die uns im landeskirchlichen Haushalt zur Verfügung steht, für den Pfarrdienst aus. Die Tabelle zeigt uns bis 2030 einen Rückgang beim aufzuwendenden Kirchensteueranteil. Dieser Rückgang kommt zustande durch die Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge im Pfarrdienst und den damit verbundenen Stellenreduzierungen im PfarrPlan. In den folgenden Jahren kehrt sich dieser Trend allerdings um, bis die Ampel dann 2048 auf Gelb und ab 2056 auf Rot wechselt. Jetzt werden Sie sagen: Moment Mal, es sind doch nur die Jahre bis 2050 aufgelistet. Aber im Finanzausschuss bekamen wir eine Tabelle, die bis 2060 reicht. Wenn wir dann noch die Versorgungsaufwendungen dazurechnen, dann geht liegen wir bei über zwei Drittel des landeskirchlichen Kirchensteueranteils, der in 35 Jahren voraussichtlich für den Pfarrdienst aufzuwenden ist.

Keine Planung kann künftige Entwicklungen exakt vorhersagen. Trotzdem lässt sich festhalten: Wenn unsere Mitgliederzahl zurückgeht und entsprechend die Kirchensteuereinnahmen sinken, wird uns der Pfarrdienst verhältnismäßig mehr kosten. Wir sollten in den Fachausschüssen beraten, wie wir auf diese Herausforderung reagieren und welche Weichen wir stellen können. Der Vorsitzende des Deutschen Pfarrvereins hat unlängst beklagt, der Pfarrberuf werde nur noch als Kostenfaktor gesehen und er habe den Eindruck, man wolle Pfarrerinnen und Pfarrer nach Kasenslage bezahlen. Das ist nicht meine Absicht, sondern ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir im Blick auf den Pfarrdienst große Verpflichtungen eingehen. Gerade weil wir in der Verantwortung gegenüber unseren Pfarrerinnen und Pfarrern stehen, dürfen wir notwendige Entscheidungen nicht auf die Bank schieben.

Am Ende seiner Beratungen hat der Finanzausschuss der PSP Pfarrdienst mehrheitlich bei zwei Enthaltungen zugestimmt. Entsprechend darf ich die Synode bitten, die PSP Pfarrdienst zur Kenntnis zu nehmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.